

Leitlinien der Oppositionsarbeit der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Ergebnis der Klausurtagung 2019

1. Familienpolitik

Position der Bayerischen Staatsregierung:

CSU und Freie Wähler bezeichnen sich als „Familienkoalition“. Alle Familienformen seien der Staatsregierung „gleich wichtig“. Erfreulicherweise seien in Bayern 2018 über 120.000 Kinder zur Welt gekommen, so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr (allerdings hat dazu wesentlich die Zuwanderung seit 2015 beigetragen!). Die Staatsregierung helfe Familien, schreibe ihnen aber nichts vor. Eltern hätten Wahlfreiheit in der Frage der Kinderbetreuung und erhielten ein großzügiges Familiengeld. Zudem mache die Koalition alle Kindergartenjahre weitgehend kostenfrei und unterstütze ab 2020 die Krippen- und Tagesbetreuung jeden Monat mit 100 Euro pro Kind. Weiterhin wolle sie Tausende neue Betreuungsplätze bis zum Jahr 2023 schaffen, die Betreuungszeiten ausweiten und das Pilotprojekt Kita-Bus starten. Die Regierung kümmere sich auch um die Familie im Alter. Das Landespflegegeld sei ein Zeichen der Anerkennung für das Engagement der pflegenden Angehörigen.

Die AfD stellt dazu fest:

Wenn die Regierungskoalition alle Familienformen für „gleich wichtig“ hält, dann verkennt sie den besonderen gesellschaftlichen Wert der klassischen, aus Vater, Mutter und Kind bestehenden Kernfamilie. Diese ist die Keimzelle der Gesellschaft, und sie sorgt am besten dafür, dass Kinder in Geborgenheit aufwachsen. Nach der Auffassung führender

Kinderpsychologen benötigen Kinder in den ersten Lebensjahren eine feste Betreuungsperson, um sich optimal zu entwickeln – am besten natürlich die eigene Mutter oder den eigenen Vater. Selbstverständlich ist es für viele Eltern heute notwendig, ihre Kinder zeitweise betreuen zu lassen – und wir setzen uns für ein breites Angebot an Kita-Plätzen ein – aber Fremdbetreuung sollte kein Selbstzweck sein und darf auf keinen Fall dazu dienen, Kinder ideologisch zu indoktrinieren: Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG soll Geltung verschafft werden. Wir wenden uns daher aufs Schärfste gegen jede Bevormundung der Eltern sowie gegen eine nicht kindgerechte „Gender“-Erziehung, die einer entwicklungsschädigenden Frühsexualisierung Vorschub leistet.

Kindererziehung darf nicht mit einem geringfügigen Geldbetrag symbolisch honoriert werden, sondern das Familiengeld muss der herausragenden Bedeutung der elterlichen Erziehungsleistung entsprechen. Dasselbe gilt für die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger zu Hause: Wer eine solche Pflegearbeit leistet, benötigt keine „Anerkennung“ für sein „Engagement“, sondern eine angemessene finanzielle Vergütung.

Die AfD fordert:

- eine Willkommenskultur für Ungeborene, Kinder und Familien.
- die Förderung der traditionellen Familie.
- wirkliche Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung.
- keine ideologische Bevormundung von Eltern und Kindern.
- die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für kinderreiche bayerische Familien.
- ein Familiengeld, das es Eltern leicht macht, ihre Kinder ohne finanzielle Sorgen zu erziehen.
- eine angemessene Unterstützung alleinerziehender Mütter oder Väter.
- die strikte Begrenzung von Kindergeldzahlungen ins Ausland.
- ein Pflegegeld, das der großen Belastung pflegender Angehöriger Rechnung trägt.

2. Bauen und Wohnen

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Staatsregierung verspricht, bis 2020 rund 500.000 neue Wohnungen in Bayern zu bauen, und will 60.000 Sozialmieter stabile Mieten erhalten. Bauvorschriften sollen vereinfacht und Planungsverfahren beschleunigt werden. Das Baukindergeld Plus und die Bayerische Eigenheimzulage sollen dabei helfen, den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Schließlich will die Regierung gemeinsam mit dem Bund für eine Reform des Wohngeldes sorgen.

Die AfD stellt dazu fest:

Gemäß der Bayerischen Verfassung hat jeder Bürger des Freistaates Anspruch auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung. Die Förderung des Wohnungsbaus ist eine Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Wohnen ist aufgrund rechtlicher Hürden für viele Normalverdiener in Bayern ein unbezahlbarer Luxus geworden, besonders in den Ballungsgebieten. Den weitaus größten Teil ihres Einkommens müssen die meisten Menschen für die Miete einer Wohnung ausgeben, die ihre Bedürfnisse oft nicht erfüllt, da sie zu klein oder zu weit vom Arbeitsplatz entfernt ist. Ein besonderer Hohn ist es, wenn die Regierung selbst beklagt, dass in München nicht einmal 3.000 Haushalte Wohngeld erhalten.

Ein Eigenheim können sich selbst viele Gutverdiener in Bayern kaum noch leisten; Deutschland gehört zu den Ländern der EU mit der geringsten Eigenheim-Quote. Daran ändert auch die Eigenheimzulage, für die bislang kaum Anträge gestellt wurden, nichts – die steigenden Immobilienpreise schlucken jede Zulage sofort.

Die CSU hat während ihrer langen Regierungszeit wesentlich dazu beigetragen, dass sich diese Zustände entwickeln konnten. In den letzten Jahren hat die illegale Masseneinwanderung, der die CSU außer gelegentlicher Rhetorik nichts entgegensezte, zu einer enormen Belastung des Wohnungsmarktes in den unteren Preissegmenten geführt – die Folge ist eine Verdrängung einheimischer Mieter.

Die AfD fordert:

- den Wohnungsbau durch den Verzicht auf unnötige Vorschriften (etwa zur Wärmedämmung und zur Nutzung erneuerbarer Energien) anzukurbeln.
- eine Ausweitung der Energiesparverordnung auf Altbauten zu verhindern.
- massive Steuererleichterungen beim Kauf einer selbstgenutzten Immobilie (durch unser Programm BayernWohnraum).
- die Abschaffung der Grunderwerbssteuer.
- die Einführung einer angepassten Eigenheimzulage (bis 2006 gab es 66.000€ Zuschuss) und deren angemessene Erhöhung.
- die Beibehaltung des Eigenheimzuschusses von 10.000 € für acht Jahre, um die Inflation seit 2006 auszugleichen (Inflationsbereinigung), oder die Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer beim privaten Wohnungsbau (wodurch zudem noch die Schwarzarbeit eingedämmt würde).
- die Reduzierung von Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum und die Abwicklung früherer Programme.
- eine Änderung der Zweckbestimmung von Zuschüssen an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Zinsverbilligung im Rahmen der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Förderung von Wohnraum.
- die Schaffung und größere bauliche Instandsetzung von Studentenwohnraum stärker zu bezuschussen.
- die Zuschüsse des Landes an Gemeinden zur Förderung des Städtebaus für den „Investitionspekt Soziale Integration im Quartier“ zu streichen.
- die Stärkung kommunaler Wohnungsbauprogramme insbesondere für junge, einheimische Familien.
- die Streichung der Zuschüsse und sonstigen Ausgaben zur Förderung von Investitionen im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms.
- die Nutzung von Flächen im Besitz der öffentlichen Hand für genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte.

- die Einführung eines Bau-Start-Kindergeldes für jedes Kind als einmalige Zahlung zum selbstgenutzten Wohneigentumserwerb und zur Verfügungstellung von Erbpachtgrundstücken.
- die Förderung des sozialen Wohnungsbaus (durch die Erhöhung finanzieller Mittel, die Förderung von Genossenschaften und die Abschaffung der ENEV).
- die Zahlung von Zuschüssen an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt, damit diese zinsgünstige Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften gewähren kann.
- eine degressive Abschreibung von 8% auf 5 Jahre für die Schaffung von Mietwohnungen, wenn diese dem Markt für mindestens 25 Jahre zur Verfügung stehen.
- den schonenden Umgang mit unverbauten Flächen (deshalb vorzugsweise Nachverdichtungen).
- einen effektiven Schutz vor Wohnraumspekulation.
- eine Änderung des Baurechts, um flächenschonendes Bauen auf mehreren Geschossen zu ermöglichen.
- mehr Freiheit bei der Baugestaltung.
- die Einführung einer Genehmigungsfiktion von zwei Monaten bei Bauvorhaben.
- die Reduzierung von Brandschutzauflagen (bzw. deren Beschränkung auf tatsächliche Schutzbestimmungen).
- barrierefreie Wohnungen im EG bei Neubauten.
- die Förderung von Eigenheimenergieversorgung (z.B. Solarthermie).
- die Verhinderung von Zweckentfremdung von Wohnräumen (mit Strafandrohung).
- die Sicherstellung, dass primär wirklich Bedürftige und Menschen, die etwas in das Sozialsystem eingezahlt haben, Zugang zu Sozialwohnungen erhalten.
- den Erhalt historisch gewachsener Ortsbilder.
- ein Verbot des Baus von Minaretten.
- die Entlastung des Wohnungsmarktes durch konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Immigranten.
- die Entschlackung der bayerischen Bauordnung.
- die Förderung der Nutzungsänderung bestehender, ungenutzter Gebäude.

3. Umwelt

(1.) Klimaschutz und Energiewende

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Staatsregierung übernimmt kritiklos grüne Ideologie-Versatzstücke zum angeblich überwiegend menschgemachten Klimawandel und verweist als Beispiele auf lokale und saisonale Erscheinungen. Dementsprechend will sie CO2-Ziele festlegen und dem Klimaschutz Verfassungsrang einräumen. Staatliche Liegenschaften sollen mit dem Ziel der „Klimaneutralität“ der Verwaltung energetisch saniert werden. Bis 2025 will die Staatsregierung den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf mindestens 70 Prozent steigern. Auch die Zahl neuzugelassener Elektroautos soll bis 2030 bei 70 Prozent liegen. Die Versorgungssicherheit soll durch klimafreundliche Gaskraftwerke sichergestellt werden. Außerdem will die Regierung eine „Landesagentur für Energie und Klimaschutz“ gründen.

Die AfD stellt dazu fest:

CSU und FW wollen die Grünen links überholen und vorwärts in die klimatotalitäre Planwirtschaft marschieren. Obwohl ein Einfluss Deutschlands und Bayerns auf das Weltklima nicht signifikant nachweisbar und allenfalls von äußerst geringer Größe ist, opfert die Staatsregierung dieser Ideologie leichtfertig unsere Energieversorgungssicherheit, schränkt die Mobilität der Bürger ein, belastet Wirtschaft und Privathaushalte, setzt zahlreiche Arbeitsplätze aufs Spiel und schadet dem Umweltschutz wie beim Häckseln von Vögeln durch die Windräder. Wissenschaftliche Erkenntnisse zur mangelnden Rentabilität von Windenergieanlagen oder zu ökologischen Belastungen durch E-Autos werden ignoriert; stattdessen hofft man auf künftige technologische Entwicklungen. Neue Behörden und kostspielige Prestigeprojekte sollen als deren Surrogate dienen.

Die AfD fordert:

- unsere heimische Stromversorgung durch einen intelligenten Energiemix grundlastsicher, wettbewerbsfähig und preisgünstig sicherzustellen.
- bezahlbare Strompreise für Wirtschaft und Privathaushalte.
- die Förderung erneuerbarer Energiequellen ohne ideologische Vorgaben und ihren Einsatz unter Berücksichtigung des aktuellen technologischen Standes.
- eine pragmatische Politik auf der Grundlage ergebnisoffener wissenschaftlicher Forschung statt hysterischen Aktivismus und einseitigen Klima-Lobbyismus.
- Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen in Maßnahmen der Energiewende zu streichen.
- wirklichen Natur- und Artenschutz, ohne die Tötung von Vögeln, Fledermäusen und Insekten durch Windkraftanlagen in Kauf zu nehmen.
- die Verhinderung weiterer Flächenversiegelung und Wärmeabsorption durch Photovoltaik.
- die Förderung, Erforschung und Weiterentwicklung von Dual-Fluid-Reaktoren, die Atommüll nahezu restlos verwerten.
(Zur Erläuterung: Die geringfügigen radioaktiven Abfälle hören nach 300 Jahren auf zu strahlen und benötigen keine dauerhafteendlagerung. Dadurch würden auch radioaktive Stoffe gewonnen, die zu wissenschaftlichen, medizinischen und wirtschaftlichen Zwecken notwendig sind.)
- die Herstellung alternativer Kraftstoffe zur Energieerzeugung und Erhalt des technologischen Vorsprungs deutscher Verbrennungsmotoren.

(2.) Natur und Landwirtschaft

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Bayerische Staatsregierung bemüht sich, die Grünen links zu überholen – zu Lasten unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes! Zu den Leidtragenden gehören derzeit vor allem die Bauern, denen immer neue Verordnungen und Einschränkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit aufgebürdet werden.

Die Regierungskoalition strebt bis 2030 einen maximalen Flächenverbrauch von 5 ha pro Tag an, will aber gleichzeitig neuen Wohnraum für zahllose Neuankömmlinge schaffen. Sie setzt sich angeblich für den Erhalt der Artenvielfalt ein, fördert aber den Bau von Windanlagen, die für ein massives Insekten- und Vogelsterben verantwortlich sind. Sie möchte „klimatolerante“ Wälder schaffen und die forstwirtschaftliche Nutzung des Waldes weiter einschränken.

Die AfD stellt dazu fest:

Umweltschutz wird heute oft auf Klimaschutz reduziert; tatsächlich sollte der Schutz der Natur jedoch ganzheitlich betrachtet werden und neben der Bewahrung der menschlichen Lebensgrundlagen auch den Schutz der Tier- und Pflanzenarten sowie die Pflege unserer vielfältigen heimischen Landschaften einbeziehen. Ökologie darf nicht gegen Ökonomie ausgespielt werden; Umwelt- und Naturschutz dürfen nicht zu Lasten einzelner Bevölkerungsgruppen oder Wirtschaftszweige gehen. Da weiterer Bevölkerungszuwachs zu einer weiteren Verknappung von landwirtschaftlichen Flächen sowie von Naturschutzgebieten führt, ist weitere Nettozuwanderung zu unterbinden. Bauliche Eingriffe in Natur und Landschaft sind soweit wie möglich zu unterlassen oder schonend zu gestalten; Flächenentsiegelung und Baulückenschließung sind Neubauten auf Naturflächen vorzuziehen. Eine Enteignung von Landwirten darf es nicht – bzw. nur in Ausnahmefällen mit Entschädigung in Höhe der aktuellen regionalen Preise – geben.

Der Wald ist nachhaltig und unbürokratisch zu bewirtschaften. Die Schaffung weiterer Nationalparks lehnen wir ebenso ab wie die Abholzung des Waldes zur Errichtung neuer Windanlagen. Bei der Aufforstung des Waldes sind hitze- und durreresistente Baumarten zu bevorzugen. Um weiteres Artensterben und Insektenschwund zu bekämpfen, muss für

Brachlandschaften und Blühflächen gesorgt werden. Maßnahmen, die der Verdrängung heimischer Arten durch invasive fremde Arten entgegenwirken, müssen umgesetzt werden.

Die AfD tritt für eine artgerechte und schonende Nutztierhaltung ein; dazu gehört neben der Reduktion von Antibiotika auch der Transport auf möglichst kurzen Wegen. Betäubungsloses Schlachten sowie das Schächten nach vorhergehender Elektrokurzzeitbetäubung lehnen wir ab. Religiöse Riten dürfen keine Aufweichung des Tierschutzes rechtfertigen. Die Ausbreitung von bislang nahezu ausgestorbenen Wildtieren begrüßen wir, auch wenn es dadurch, aufgrund von Schäden an Nutztierbeständen, gelegentlich zu Interessenskonflikten kommt. In solchen Fällen ist auf unbürokratische Weise Schadensersatz zu gewähren. Pauschalen Verunglimpfungen von Landwirten, Jägern oder Fischern stellen wir uns entgegen.

Zu einer gesunden, naturnahen Lebensweise gehört selbstverständlich auch eine gute, ausgewogene Ernährung. Da viele Menschen, zumal Kinder und Jugendliche, sich heute oft falsch ernähren, tritt die AfD dafür ein, Ernährungslehre in das Programm von Bildungseinrichtungen aufzunehmen.

Die AfD fordert:

- rationalen, wissenschaftlich fundierten Naturschutz ohne ideologische Scheuklappen, irrationalen Aktivismus und Klima-Hysterie.
- eine Balance zwischen Ökologie und Ökonomie.
- die Verbindung von Naturschutz mit Landschaftsschutz.
- den Erhalt natürlicher Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzenarten.
- die Bewahrung der Wälder vor weiterer Abholzung für den Bau von Windanlagen.
- eine waidgerechte, effektive Bejagung des Wolfes, wo es notwendig ist.
- die Bejagung nicht-einheimischer, invasiver Wildtiere.
- die konsequente Durchsetzung artgerechter Tierhaltung und schonender Schlachtung.
- ein Verbot des Schächtns.
- die Aufnahme von Ernährungslehre in die Lehrpläne von Bildungseinrichtungen.

- das Verbot von Schlachttiertransporten ins Ausland.
- die nachhaltige, regionale Erzeugung und Vermarktung hochwertiger Lebensmittel von unseren einheimischen Landwirten anstelle von Importen aus dem Ausland.
- die Reduzierung des bürokratischen Aufwands für die bäuerliche Landwirtschaft.

4. Digitalisierung

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Vollmundig spricht die Staatsregierung von einem „Epochenwechsel“ in der Digitalisierung. Schließlich habe Bayern nun als erstes Bundesland ein Ministerium für Digitalisierung; außerdem werde es einen jährlichen Digitalisierungsgipfel der Regierung und mindestens zweimal im Jahr ein Digitalisierungskabinett aller betroffenen Ressorts geben. Mit Nordrhein-Westfalen wolle man eine länderübergreifende Zukunftskommission zur Digitalisierung ins Leben rufen. Den Breitbandausbau werde man vorantreiben: Bis 2025 sollen alle Haushalte in Bayern gigabitfähig sein. Auch die Mobilfunkversorgung werde bis 2020 mit mindestens 1.000 neuen Sendemasten deutlich verbessert. Bayern bewerbe sich zudem für eine 5G-Modellregion des Bundes und starte Pilotprojekte zu 5G in jedem Regierungsbezirk. An den Schulen wolle man insgesamt 50.000 digitale Klassenzimmer einrichten.

Die AfD stellt dazu fest:

Niemand braucht ein Digitalisierungsministerium – das Geld könnte lieber in die Digitalisierung selbst, z.B. in eine bessere digitale Ausstattung unserer Schulen, investiert werden. Dasselbe gilt für Digitalisierungsgipfel, -kabinette und sonstigen Ersatz-Aktivismus. Bayern braucht keine Verwaltung der Digitalisierung, sondern eine Digitalisierung der Verwaltung! Höchste Priorität sollte die Schaffung schneller Internetverbindungen und eines zuverlässigen, flächendeckenden Mobilfunknetzes auch in ländlichen Regionen haben. Deren digitale Ausstattung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich dort Unternehmen, wirtschaftlich aktive Menschen und Familien ansiedeln können. Die Ballungsräume werden dadurch entlastet, die Regionen gestärkt.

Besondere Aufmerksamkeit muss dem Datenschutz und der IT-Sicherheit gewidmet werden. Sicherheitsstandards zur Abwehr vor Industriespionage und Cyberangriffen müssen durchgesetzt werden. Der bayerische Mittelstand muss einen sicheren Datenraum „Industrial Data Space“ erhalten. Wir treten der Schaffung des „gläsernen Bürgers“ entgegen! Informations- und Kommunikationsfreiheit ist zu gewährleisten. Wir sagen Nein zu jeglicher Zensur, etwa durch Uploadfilter. Auch die DSGVO in ihrer gegenwärtigen Form lehnen wir ab.

Die AfD fordert:

- den flächendeckenden Breitbandausbau zügig voranzutreiben.
- die Ausstattung aller öffentlichen Einrichtungen und mittelständischen Unternehmen mit Glasfaser bis 2023 und die Fertigstellung des Breitbandausbaus für alle Haushalte auch im ländlichen Raum.
- die Abschaffung der 98%-Bevölkerungs-Regelung zugunsten einer 100%-Flächen-Regelung bei der Mobilfunk-Netzabdeckung.
- die Schaffung einer umfassenden Digitalstrategie für E-Government und vollumfängliche Digitalisierung von Verwaltungsabläufen („E-Government“, „Raus aus der Papierzeit“), um Verwaltungsabläufe zu straffen.
- die Entwicklung einer Behörden-Software-Struktur.
- die Durchsetzung höherer Sicherheitsstandards (insbesondere für kritische Infrastrukturen) zur Abwehr von Industriespionage und Cyberangriffen.
- die Schaffung sicheren Datenraums für den bayerischen Mittelstand („Industrial Data Space“).
- die Einführung einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard.
- die Schaffung optimaler Rahmenbedingung sowie die Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen.
- die Reduzierung von Fördermitteln für internationale Filmproduktionen.
- eine Anpassung der DSGVO mit Augenmaß, um die Wirtschaft und den deutschen Mittelstand zu entlasten.
- die ersatzlose Streichung des Netz-DG.
- keine Uploadfilter und keine digitale Zensur.
- die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität.
- massive Investitionen in die Erforschung und Entwicklung digitaler Technologien wie der KI, der Blockchains, des Quantencomputings und allgemein der Industrie 4.0.

5. Bildung und Kultur

Position der Bayerischen Staatsregierung:

CSU und Freie Wähler nennen sich eine „Bildungskoalition“ und bieten dennoch wenig an, was diese Bezeichnung rechtfertigt. Die Verringerung von Unterrichtsausfall durch die Einstellung neuer Lehrer wird immerzu versprochen, ist aber faktisch nicht gelungen. Nichts verrät die Regierungserklärung zudem über die Unterrichtsinhalte. Man wolle zwar „keine ideologischen Debatten in der Schule“, übernimmt aber einfach die aus Berlin und Brüssel vorgegebenen Ideologien. In der Bildungspolitik herrscht alternativloses „Weiter so“ – wie beim Modellversuch Islamunterricht, den die Koalition verlängert hat.

Die AfD stellt dazu fest:

Schulunterricht muss mehr vermitteln als lediglich ökonomisch verwertbares Wissen, so wichtig dieses auch ist. Deutschland ist nicht nur ein Arbeitsmarkt, sondern eine Kulturnation. Eine wesentliche Grundlage unserer deutschen und bayerischen Kultur ist die deutsche Sprache mitsamt ihren regionalen Dialekten. Von allergrößter Bedeutung ist die deutsche Sprache daher als identitätsbildender Faktor. Sie sollte als Landes- und Amtssprache durch die Aufnahme in die bayerische Verfassung geschützt, gepflegt und gefördert werden.

Nur wer unsere Sprache beherrscht, kann sich mit unserer Kultur und unseren Werten identifizieren. Da ihre Beherrschung entscheidend für die Integration von Einwanderern ist, stellt ihr Erlernen eine selbstverständliche Bringschuld von Menschen dar, die Deutsche werden wollen. Das Prinzip „Mehr Fordern als Fördern“ muss im deutschen Bildungs- und Ausbildungswesen gegenüber einer staatlichen Rundum-Betreuung wieder Vorrang haben. Die AfD bekennt sich klar zum Leistungsprinzip.

Zu unserer Kultur gehören neben unserer Sprache und den Leistungen unserer großen Dichter, Philosophen, Künstler, Musiker und Baumeister – deren Werke im Schulunterricht angemessene Berücksichtigung finden sollten – auch volkstümliche Überlieferungen, heimisches Brauchtum, charakteristische Mentalitäten und Tugenden, die uns typischerweise zugeschrieben werden. Hier sind beispielsweise Genauigkeit, Fleiß, Ordnungsliebe, Leistungswille und Pünktlichkeit zu nennen. Diese

Tugenden stehen auch hinter den Leistungen des deutschen Handwerks, der deutschen Ingenieurskunst bzw. allgemein der deutschen Wertarbeit. Sie erfahren auch heute noch weltweite Achtung und Bewunderung („Made in Germany“). Die gemeinschaftliche Identität bildet die Basis einer Gesellschaft.

Integration ist mehr als nur die – selbstverständliche – Akzeptanz unserer Gesetze; sie ist die Identifikation mit der in unserem Lande vorherrschenden und unsere juristischen, ethischen und moralischen Maßstäbe prägenden Leitkultur. Deshalb sollte der Freistaat Bayern deren Schutz und Förderung als Staatsziel verfolgen.

In den Schulen und Bildungseinrichtungen muss die Vermittlung der identitätsprägenden Inhalte unserer Kultur und Geschichte wieder zur pädagogischen Leitlinie werden (positives Beispiel: Ungarn). Statt bloßer „Methodenkenntnisse“ und „Kompetenzen“ müssen Inhalte im Mittelpunkt stehen. Eine Kenntnis der deutschen Geschichte in ihrer ganzen Breite ermöglicht die Identifikation mit den positiven Ausprägungen der eigenen Kultur.

Wir stellen uns gegen jede Form der politischen Agitation in der Schule. Die AfD spricht sich für eine altersgemäße Sexualerziehung und gegen die Ideologie des Gender Mainstreamings aus. Bei aller gebotenen Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen ist das bewährte, traditionelle Familienbild zu fördern. Das grundgesetzlich garantierte Recht der Eltern, ihre Kinder gemäß ihren eigenen Überzeugungen zu erziehen, ist zu beachten.

Schüler sollen zu mündigen Bürgern erzogen werden und sich ihre politische Meinung frei bilden dürfen.

Der Islam ist sachlich und aufklärend im Ethikunterricht – auch unter Berücksichtigung seiner Tendenzen zu Intoleranz und Gewalt – zu behandeln; ein bekenntnisorientierter Islamunterricht soll an bayerischen Schulen jedoch nicht stattfinden, da der orthodoxe Islam mit unserem Grundgesetz und unseren europäischen Werten (Religionsfreiheit, Gleichstellung der Frau etc.) nicht zu vereinbaren ist.

Bayerische Volkskultur und Kultureinrichtungen sind verstärkt zu fördern. Das viergliedrige Schulsystem ist beizubehalten und auszubauen; die ideologisch motivierte Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist zu beenden, da eine solche Pseudointegration die Vermittlung des Lehrstoffes behindert und die Förderung der auf herkömmlichem Wege beschulbaren Kinder beeinträchtigt. Demgegenüber war der adäquate Unterricht in speziellen Schulen eine Erfolgsgeschichte. Besonders

nachdrücklich unterstützt die bayerische AfD die gezielte Förderung hochbegabter Kinder.

Ganztagesschulen sollen für Eltern eine Option sein, dürfen aber nicht zum Regelfall werden. Der Schulsport ist wegen seines Beitrags zur gesunden Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, aber auch aufgrund der Vermittlung von Teamgeist und Fairness, auszubauen, und Sportvereine sind zu stärken.

Das duale Ausbildungssystem ist vor einer weiteren Tendenz zur Überakademisierung zu schützen. Handwerkliche Berufe verdienen besondere Wertschätzung; die Meisterpflicht ist in sämtlichen Gewerken wieder einzuführen. Das Abitur soll Ausweis echter Studierfähigkeit sein; Mittel- und Realschulabschluss sollen zur beruflichen Ausbildung befähigen. Planwirtschaftlich festgelegte „Erfolgsquoten“ und daraus folgende „Noteninflation“ lehnen wir ab.

Die AfD fordert:

- Kinder ihrer Begabung gemäß zu fördern.
- Schüler zu mündigen Bürgern zu erziehen.
- ideologische Indoktrination an Schulen zu unterbinden.
- die Vermittlung kultureller Identität und eines ausgewogenen Geschichtsbildes an Schulen.
- eine echte Integration von Schülern mit Migrationshintergrund in unsere Leitkultur und ihre größtmögliche Anpassung.
- den Islamunterricht zu beenden.
- das viergliedrige Schulsystem zu erhalten.
- die Förderung von Schul- und Vereinssport.
- Ganztagesschulen als Option anzubieten, aber nicht zum Regelfall zu erheben.
- das duale System der beruflichen Ausbildung beizubehalten.
- das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit zu machen.
- die Erhöhung der Anzahl von Medizinstudienplätzen in Bayern.
- das Deutsche als verbindliche Unterrichts- und Prüfungssprache zu normieren.
- die Förderung unserer Dialekte als Identitätsanker.
- die Stärkung des Respektes vor den lehrenden Berufen und ihres allgemeinen Ansehens.

6. Wissenschaft und Forschung

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Staatsregierung bezeichnet Bayern als „Studierendenland“. Mindestens 18.000 neue Studienplätze mit dem zugehörigen Universitätspersonal würden in den nächsten Jahren geschaffen. Mehr als 280 Millionen Euro sollen in ein Kompetenznetzwerk „Künstliche Intelligenz“ investiert werden. Daneben sei die Luft- und Raumfahrt besonders wichtig. An der TU München werde die größte Raumfahrtfakultät Europas gegründet. Bayerische Raumfahrtrobotik werde sich bald in bayerischen Autos, im Operationssaal oder zu Hause in der Küche finden. Am Leibniz-Rechenzentrum in Garching verfüge Bayern über einen der schnellsten Supercomputer der Welt. Langfristiges Ziel sei die Entwicklung des ersten bayerischen Quantencomputers.

Die AfD stellt dazu fest:

Wissenschaftspolitik heißt für die Regierungskoalition die Finanzierung teurer Prestigeprojekte auf Kosten des Steuerzahlers. Künstliche Intelligenz soll gefördert werden – was richtig und wichtig ist –, aber die natürliche lässt man zunehmend verkümmern. Entscheidend ist nicht die bloße Anzahl der „Studierenden“, sondern die Qualität des Studiums. Die einseitige Privilegierung des akademischen Studiums hat dazu geführt, dass die Hochschulen von z.T. gar nicht studierfähigen und -willigen jungen Leuten überfüllt sind, während in Ausbildungsberufen händeringend Nachwuchs gesucht wird. Hunderte Gender-Professuren wurden eingerichtet und dabei die klassischen Fächer vernachlässigt. Unser Wohlstand hängt jedoch nicht von der Ausarbeitung immer neuer Gender-Sprachregelungen und Formulierungsvorschriften, sondern von der Qualität der MINT-Studiengänge (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaft und Technik) sowie von unserer Fähigkeit ab, die besorgniserregende Abwanderung hochqualifizierter Akademiker ins Ausland zu stoppen. Dementsprechend sind Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften, aber auch klassische Disziplinen wie Geschichte und Philosophie, die der Pflege unseres kulturellen Gedächtnisses und dem Erhalt unserer Identität als Kulturnation dienen, zu fördern. Mittel für die Gender-Ideologie, die sich als Wissenschaft ausgibt, tatsächlich aber den Erkenntnissen der Biologie

und Medizin widerspricht, sind zu streichen. Die um Anpassung an vermeintliche globale Standards bemühte Internationalisierung akademischer Grade („Bachelor“, „Master“) hat sich nicht bewährt; wir fordern daher die Rückkehr zu den Abschlüssen Magister, Diplom und Staatsexamen, die noch immer hohe Anerkennung genießen.

Entscheidend für die Zukunft des Forschungsstandorts Deutschland ist die Freiheit von Forschung und Lehre – sie muss unbedingt und ohne Einschränkungen gewährleistet sein. Lehrende und ihre Studenten sind vor politisch-korrektm Gesinnungsdruck zu schützen. Die Grundlagenforschung an den Hochschulen muss ergebnisoffen und ohne politisch-gesellschaftliche Vorgaben erfolgen. Dies gilt besonders für existentielle Bereiche wie Klima/Umwelt, Energie und Mobilität.

Die AfD fordert:

- die Qualität von Forschung und Lehre zu erhalten und zu verbessern.
- der Überakademisierung durch eine Aufwertung der Ausbildungsberufe entgegenzuwirken.
- die Stärkung der zukunftsweisenden MINT-Fächer und der traditionellen Disziplinen.
- die besondere Förderung von hochbegabten Studenten durch Stipendien.
- die Ideologisierung der Hochschulen durch Pseudowissenschaften und politische Korrektheit zu beenden.
- die Bewahrung der Wissenschaftsfreiheit.
- die Wiedereinführung der bewährten Studiengänge, insbesondere in den Ingenieurwissenschaften, mit dem Diplom als Regelabschluss.
- die Erhöhung der Grundfinanzierung und ein Ende des Investitionsstaus an bayerischen Hochschulen.
- die verstärkte Förderung wissenschaftlicher Bildungseinrichtungen wie des Deutschen Museums in München.
- die Vereinfachung von Auslagerungen von Spitzenforschungsprojekten aus bayerischen Hochschulen zur Gründung von Start-Ups.

7. Wirtschaft

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Staatsregierung plant unter dem Vorwand des Fachkräftemangels weiteres Lohndumping. Sie verspricht daher, schon bis 2023 insgesamt 250.000 zusätzliche Arbeitskräfte zu „mobilisieren“. Eine weitere massive Zuwanderung ist also beabsichtigt.

Weiterhin stellt die Regierungskoalition eine Erhöhung des Meisterbonus und eine Senkung der Unternehmenssteuern in Aussicht. Letztere werden vom Bund erhoben; entsprechende Ankündigungen sind folglich Augenwischerei und Wählertäuschung. Bloß symbolische Bedeutung hat auch der angekündigte „Pakt für Freiheit“ mit der Wirtschaft.

Die AfD stellt dazu fest:

Deutschland steuert auf eine Rezession zu, die durch die wirtschaftsfeindliche Politik in Berlin und München noch begünstigt wird. Der Kampf gegen die Automobilindustrie und vor allem gegen den Diesel wird zahlreiche Arbeitsplätze in der Autobranche sowie in der Zuliefererindustrie kosten (rund 15.000 Stellen sind in Deutschland vom Diesel abhängig). Außerdem führt er zu einem Wertverlust der betroffenen Fahrzeuge (d.h. zu finanziellem Schaden für KMU).

Beim Wirtschaftswachstum stand Bayern 2018 unter den Bundesländern nur noch auf einem bescheidenen neunten Platz. Und was nützen vergleichsweise hohe Einkommen, wenn exorbitant hohe Mieten einen Großteil der Einnahmen verschlingen?

Wohlstand erreicht man nicht durch sozialistische Umverteilung, sondern durch die Schaffung guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – durch ökonomische Freiheit, niedrige Steuern, Rechtssicherheit, die Beschränkung der Bürokratie auf ein Mindestmaß und durch eine gute Infrastruktur auch auf dem Land. Während CSU und FW klimaideologische und planwirtschaftliche Konzepte aus Berlin übernehmen und Bürokratieabbau weiterhin nur ankündigen, treten wir dafür ein, die Chancen, die uns die vierte industrielle Revolution bietet, wahrzunehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen auszugleichen. Die im Entstehen begriffene Industrie 4.0 ist durch zunehmende Automatisierung, Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und die Vernetzung von Produkten, Wertschöpfungsketten und

Geschäftsmodellen gekennzeichnet. Zur Verwirklichung ihrer Möglichkeiten muss die Nutzung aller digitalen Technologien – unter Berücksichtigung des Datenschutzes – vorangetrieben werden, insbesondere auch in der Verwaltung (E-Government). Vor allem ist die Infrastruktur auf dem Land durch Breitbandausbau, flächendeckende Mobilfunkversorgung und eine Stärkung des ÖPNV zu verbessern. Die AfD will ins Ausland verlagerte Produktion durch die Stärkung unseres Standortes wieder zurückholen und hochqualifizierte Menschen von der Auswanderung abhalten. Innovation findet vor allem in jungen Technologieunternehmen statt; diese sind für ihre Entwicklung auf Kapital angewiesen. Zu ihrer Förderung streben wir die Schaffung eines Bayernfonds an.

Die AfD fordert:

- die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für die Industrieproduktion durch ordnungspolitische Maßnahmen.
- die Einrichtung neuer Servicestellen bei der Staatsregierung und den Ministerien zur Unterstützung von Selbstständigen und Kleinstbetrieben sowie die Förderung von Selbstständigen und KMUs technologieorientierter Start-Ups.
- bayerisches Geld in bayerische Innovationen zu investieren.
- Steuersenkungen und die Verhinderung neuer Steuern und Abgaben, etwa für CO₂.
- drastischen Bürokratieabbau.
- den Ausverkauf deutscher Technologie ans Ausland zu bekämpfen.
- die Privatisierung des Wassers zu verhindern, um die Grundversorgung des Verbrauchers sicherzustellen.
- den Tourismus in Bayern und die Gastronomie, insbesondere auf dem Land, zu fördern.
- ein Sonderprogramm Dorfwirtschaften aufzulegen.
- die Stärkung ländlicher Infrastruktur (Verkehr, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten, auch Dorfläden etc.) und den Erhalt bzw. die Förderung kommunaler Einrichtungen (Schwimmbäder, Sportstätten, Veranstaltungshallen usw.).
- Fachkräfte nicht durch Hilfsarbeiter zu ersetzen („Handwerk muss sich wieder lohnen“ und „mehr Meister statt Master“ als Leitgedanken).

- die Soziale Marktwirtschaft im Geiste Ludwig Erhards wieder zum Leben zu erwecken.

8. Finanzen

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Staatsregierung röhmt sich, mit dem Doppelhaushalt 2019/20 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen und innerhalb von neun Jahren rund 6,6 Milliarden Euro Altschulden abzubauen. Bis 2030 will sie ein schuldenfreies Bayern erreichen.

Für den Ausbau von schnellem Internet auf Gigabit-Niveau werde der Freistaat bis 2022 bis zu 2,5 Milliarden Euro bereitstellen. Bayern wolle dadurch seine Vorreiterrolle als Technologie- und Wirtschaftsstandort behaupten. Durch ein umfassendes Maßnahmenpaket beabsichtige die Regierung, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land fördern.

Die AfD stellt dazu fest:

Die Staatsregierung verteilt das Geld der bayerischen Bürger. Bayerische Steuereinnahmen müssen daher dem Freistaat zugutekommen. Aufgrund einer guten Gesamtwirtschaftslage sowie einer hohen Steuerbelastung der Bürger – Deutschland hat nach Belgien die zweithöchste Steuerquote der Welt – floss viel Geld in die staatlichen Kassen, aber die Regierungskoalition versäumt es derzeit, angesichts der beginnenden Rezession für die Zukunft vorzusorgen.

Der Schuldenabbau ist nach den Plänen der AfD auf mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr zu steigern und zu verstetigen. Ein schuldenfreies Bayern ist dann bereits 2028 möglich. Die Staatsregierung hat zwar Schuldentrifität für 2030 verkündet, aber keinen verbindlichen Tilgungsplan vorgelegt. Eine verantwortungsbewusste Verwendung von Steuermitteln erfordert eine Umsteuerung von Umverteilungsmaßnahmen, die als „sozial“ etikettiert werden, hin zu Zukunftsinvestitionen. Wir fordern eine „Zukunftsregel“ im Haushalt mit der Zielvorgabe, für jeden sozial ausgegebenen Euro zwei Euro nachhaltig zu investieren.

Wir widersetzen uns der Vollendung der EU-Bankenunion und plädieren entschieden dafür, regionale Banken aus dem Haftungsverbund der europäischen Einlagensicherung heraus zu nehmen.

Spareinlagen, die eigentlich langfristigen Investitionen oder der Altersvorsorge dienen sollten, werden durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, durch Null- und Negativzinsen entwertet. In

den letzten Jahren haben die Sparer dadurch bereits gigantische Verluste hinnehmen müssen. Der nächste Angriff auf ihre Ersparnisse wird jedoch schon geplant: die Abschaffung des Bargeldes. Ein Bargeldverbot würde es der Politik und den Zentralbanken ermöglichen, Negativzinsen ohne Ausweichmöglichkeit durchzusetzen. Der Bürger könnte dann jederzeit nach Belieben enteignet werden; zudem unterläge er völliger finanzpolitischer Überwachung.

Die AfD hält ein Bargeldverbot für grundgesetzwidrig und fordert die Staatsregierung auf, im Bundesrat die Initiative zu übernehmen, um das Bargeld zu erhalten.

Bayerisches Geld muss bayerischen Bürgern zugutekommen. Von den ab 2021 durch den neuen Länderfinanzausgleich eingesparten Mitteln sollten mindestens 1,4 Mrd. Euro pro Jahr in Bayern investiert werden. Bayern darf sich an ideologisch motivierten Missbräuchen und rechtswidrigen Zuständen in anderen Bundesländern sowie auf Bundesebene nicht finanziell beteiligen. Wir fordern, dass der Freistaat für Fälle von Rechtsbruch einen Zahlungsvorbehalt formuliert, bis Recht und Gesetz wiederhergestellt sind.

Die AfD verlangt weiterhin, Steuerverschwendungen als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufzunehmen und entsprechend zu ahnden. Die Entscheidungsträger der öffentlichen Hand stehen dann gegenüber dem Steuerzahler als „öffentliche Unternehmer“ in Haftung.

Eine besondere Priorität kommt dem Bürokratieabbau zu. Der Regulierungswahn hat in Bayern Dimensionen erreicht, die Innovationen ersticken und das Wirtschaftswachstum lähmen. Eine Maßnahme wäre etwa, Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern probeweise für ein Jahr von der Aufzeichnungspflicht zu befreien. Nach einer Evaluierung der Ergebnisse könnte dann über die Fortführung entschieden werden. Weiterhin sind kleine und mittelständische Betriebe von Zwangsmitgliedschaften zu befreien.

Die Erbschaftssteuer ist verfassungswidrig und leistungsfeindlich, da sie bereits versteuerte Einkommen erneut belastet. Sie ist insbesondere auch mittelstandsfeindlich, da sie den Generationenübergang von Unternehmen erschwert, und setzt systematisch Fehlanreize, indem sie nachhaltigen Umgang mit erwirtschaftetem Vermögen bestraft. Zudem ist sie, mit weniger als 1 % des Steueraufkommens, fiskalisch äußerst unergiebig. Ihre ersatzlose Streichung würde sogar zu Einsparungen in der Finanzverwaltung führen; außerdem würden Gelder, die in das

erbschaftssteuerfreie Ausland abgeflossen sind, wieder nach Deutschland zurückkehren.

Schließlich fordert die AfD die Einführung der doppelten Buchführung in der Verwaltung, um eine transparente Evaluation ihrer Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu ermöglichen. Die doppelte Buchführung soll nach den Internationalen Bewertungsstandards IFRS (International Financial and Reporting Standards) erfolgen. Die im Vergleich mit der nationalen handelsrechtlichen Buchführung strengeren Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften führen zu größerer Transparenz und damit auch zu einer höheren Akzeptanz durch den Bürger.

Die AfD fordert:

- bayerisches Geld für bayerische Bürger zu investieren.
- Schuldenfreiheit bis 2028 zu erreichen.
- nachhaltige Zukunftsinvestitionen zu fördern.
- keine Vergemeinschaftung der Staatsschulden und keine europäische Einlagenhaftung.
- den Erhalt des Bargelds.
- die finanzielle Beteiligung an Rechtsbrüchen anderer Bundesländer oder des Bundes zu unterbinden.
- den „Länderfinanzausgleich“ zu überprüfen.
- Steuerverschwendungen als Straftatbestand zu betrachten und ahnden zu lassen.
- die Erbschaftssteuer abzuschaffen.

9. Verkehr

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Verkehrspolitik bedeutet für die Bayerische Staatsregierung in erster Linie Elektromobilität und Energiewende. Bis 2030 sollen 70 Prozent der neu zugelassenen Autos in Bayern elektrisch fahren. Wieder einmal verteilt die Regierungskoalition Versprechungen aus einem unerschöpflichen Füllhorn: ein einheitliches Bayern-Ticket, mehr Linien, mehr Fahrzeuge und günstigere Tarife werden angekündigt. Zudem sollen die Metropolen fahrradfreundlicher werden. Den Großraum München soll die zweite Stammstrecke und ein neuer S-Bahn-Ring entlasten. Und natürlich wird eine Stärkung der Mobilität auf dem Land versprochen.

Die AfD stellt dazu fest:

Die CSU hatte lange genug Zeit, ihre Forderungen umzusetzen. Nun müssen endlich Taten folgen! Die AfD spricht sich für eine vorausschauende und an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Im Schienenverkehr benötigt ein Flächenland mit mehreren Metropolregionen ein gut ausgebautes Nah- und Fernverkehrsnetz. Attraktive, komfortable und sichere Bahnhöfe müssen ebenso wie die Pünktlichkeit des Zugverkehrs wieder zur Selbstverständlichkeit werden. Transittransportleistungen sollten möglichst auf der Schiene abgewickelt werden. Dabei sind jedoch die spezifischen Probleme des Schienen-Güterverkehrs zu beachten: die hohen Umschlagzeiten Straße-Schiene-Straße, die unflexiblen Zusammenstellungen, die kurzen Zuglängen von nur 11% > 700m (siehe dazu <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/aktuell/740-meter-gueterzug/>) sowie die hohen Bremswege (>1km). Aus diesen ergeben sich große Abstände zwischen den einzelnen Zügen und eine entsprechend ineffiziente Streckennutzung; daher ist Mischnutzung SPV – SGV notwendig, d.h. die Nutzung des Güterverkehrs erfolgt nachrangig und vorzugsweise nachts.

Die LKW-Maut muss dazu dienen, den Transitverkehr auf die Schiene zu lenken. Sie ist primär nach der tatsächlichen Fahrbahnbelastung zu erheben – die Straßenutzungsgebühren müssen den Kosten entsprechen.

Der Individualverkehr darf nicht aus ideologischen Gründen bekämpft werden. Noch auf längere Sicht wird der Verbrennungsmotor und insbesondere auch der sparsame und umweltfreundliche Diesel die dominante Antriebstechnik auf der Straße sein. Er ist hochentwickelt und wird im Hinblick auf seine Effizienz wie auch auf seine Emissionen ständig weiterentwickelt und verbessert. Der Elektroantrieb wird mit der Zeit seinen ihm zukommenden Marktanteil finden, aber bei seiner Erforschung und Förderung sind Kosten und Nutzen zu bedenken. Die herrschende Politik treibt seinen Ausbau, bestärkt von einem unangemessenen Lobbyismus, voran und ignoriert dabei völlig seine Nachteile wie die bei der Produktion der Batterien emittierten CO2-Mengen.

Autonomes Fahren wird bald zu einer Selbstverständlichkeit auf unseren Straßen werden; um diese neue Technologie zu erproben, sollten Pilotregionen in Bayern ausgewiesen werden. Beim Neubau und der Instandsetzung von Straßen sind die Anforderungen des Autonomen Fahrens zu berücksichtigen. Dabei ist der Datenschutz unbedingt zu beachten – autonome Autos dürfen keine Datensammelstellen werden. Die bayerischen Flughäfen sind zu vernetzen, und beim Bau der dritten Startbahn am Münchner Flughafen muss die Mitbestimmung der Bürger sichergestellt werden.

Die AfD fordert:

- den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern.
- eine Taktung des Personenverkehrs nach schweizerischem Vorbild („Bahn2000“).
- den ÖPNV, vor allem im ländlichen Raum, zu fördern und zu digitalisieren.
- die Anpassung von Straßennutzungsgebühren an die realen Kosten.
- die Erforschung und Förderung der Elektromobilität ohne ideologische Vorgaben zu betreiben.
- innovative Antriebstechnologien für mobile Anwendungen zu bezuschussen.
- Innovationen in der Automobilindustrie zu fördern.
- den bewährten Verbrennungsmotor auf lange Sicht zu erhalten.
- den Um- und Ausbau sowie den Bestandserhalt der Staatsstraßen.
- die Förderung der Erprobung und Entwicklung des Autonomen Fahrens.

- eine Vernetzung der bayerischen Flughäfen.
- die Mitbestimmung der Bürger über den Bau der dritten Startbahn am Münchener Flughafen.

10. Sicherheit

Position der Bayerischen Staatsregierung:

Die Staatsregierung röhmt sich dafür, dass es in Bayern die wenigsten Straftaten und die höchste Aufklärungsquote gäbe. Die Zahl der Polizisten im Freistaat sei auf dem höchsten Stand aller Zeiten; trotzdem sollen bis 2023 noch weitere 2.500 Polizeibeamte eingestellt werden. Überstunden sollen verringert und Nachschichten besser bezahlt werden. Grenzpolizei, Ankerzentren und das Landesamt für Asyl hätten den Praxistest bestanden. Die Grenzpolizei schrecke Schleuser und Schlepper ab, die Ankerzentren beschleunigten die Verfahren, und das Landesamt für Asyl sorge für die richtige Balance bei der Rückführung. Straftäter würden so rasch wie möglich abgeschoben.

Die AfD stellt dazu fest:

Die Rede des bayerischen Innenministers von der niedrigen Kriminalitätsrate entspricht auch durch ständige Wiederholung nicht der Realität. Es gibt zwar einen Rückgang in der Kleinkriminalität und bei Wohnungseinbrüchen (im Wesentlichen durch eine Steigerung der Ausstattung mit Alarmanlagen etc.), aber Gewalt- und Sexualdelikte (Mord, Körperverletzung, Vergewaltigung etc.) sind massiv angestiegen. Deutsche werden dabei wesentlich häufiger Opfer ausländischer Täter als umgekehrt.

Die beste Kriminalitätsprävention besteht darin, ausländische Gewalttäter gar nicht erst einreisen zu lassen. Die neue Bayerische Grenzpolizei ist ein Etikettenschwindel, da durch sie lediglich die Fahndung im Inland verstärkt wurde. Deshalb fordern wir den flächendeckenden Einsatz der Bundespolizei an der bayerischen Grenze.

Allgemein ist die Polizei durch Neueinstellungen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen (u.a. durch den Abbau von Überstunden und freiwilligen Innendienst für Beamte ab 50) sowie durch leistungsgerechte Bezahlung (etwa durch Ortszuschläge für Metropolen) zu stärken. Um höchste Sicherheit für die Beamten zu gewährleisten, sind alle Polizisten mit einer der Gefahrensituation entsprechenden Ausrüstung und Bewaffnung auszustatten, d.h. mit Elektroschockpistolen im Streifendienst. Ländliche Dienststellen sind zu erhalten, und eine Erhöhung der Zahl der Polizeistreifen ist gegenüber dem Ausbau der

Videoüberwachung vorzuziehen. Die Polizei muss vor Ort schnell präsent und einsatzfähig sein.

Auch die bayerische Justiz ist zu stärken: Ihre Personalstärke ist zu erhöhen, die Beförderungsmöglichkeiten sind zu verbessern, und Strafverfahren müssen durch Bürokratieabbau beschleunigt werden. In jeder Justizvollzugsanstalt sollte ein Arzt tätig sein.

Das Strafrecht sollte nicht nur der Resozialisierung, sondern auch der wirksamen Bestrafung des Täters dienen. Bewährungsstrafen dürfen nur Ausnahmen sein und nicht zu Regelfällen werden. Eine vorzeitige Entlassung bei lebenslanger Freiheitsstrafe darf nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen. Während der Haftzeit ist gemeinnützige Arbeit zu leisten. Die Haftzeit ist kein Hotelaufenthalt: Die Unterkünfte sollen dementsprechend nur mit notwendigen Einrichtungsgegenständen ausgestattet sein (ein Fernseher z.B. sollte nur im Gemeinschaftsraum zur Verfügung stehen).

Illegaler Einwanderer sind – in Anwendung von Art. 16a Abs. II GG – an den Grenzen zurückzuweisen. Ohne gültige Papiere darf keine Einreise erfolgen. Abgelehnte Asylbewerber müssen unverzüglich und ausnahmslos abgeschoben werden; insbesondere sind ausländische Straftäter abzuschieben (nötigenfalls sind die Gesetze entsprechend anzupassen). Das Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht und darf politisch Verfolgten nur auf Zeit gewährt werden. Eine dauerhafte Integration von Asylannten oder ein „Spurwechsel“, der abgelehnten Asylbewerbern eine Bleibeperspektive ermöglicht, ist abzulehnen. Das Ziel muss sein: Kein Asyl – kein Aufenthalt.

Die Abschiebehaft ist auszubauen und konsequent anzuwenden. Während der Prüfung des Asylantrags und nach dessen Ablehnung sind nur Sach- und keine Geldleistungen zu gewähren. Auf diese Weise werden gar nicht erst Anreize zur Wirtschaftsmigration oder zum Asylbetrug geschaffen.

Extremismus ist in jeder Form zu bekämpfen. Linke Gewalt darf nicht toleriert und als „zivilgesellschaftliches Engagement“ schöngeredet werden. Die Neutralität des Staates ist zu wahren. Organisationen, die sich unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen Rechts“ linksextrem betätigen, dürfen keine finanzielle Unterstützung erhalten; gleiches gilt für den Rechtsextremismus. Verfassungsfeindliche Vereine, die der gewaltbereiten Antifa zuzurechnen sind, müssen verboten werden. Gegen islamistische Bestrebungen ist mit aller Entschiedenheit vorzugehen. Wir sagen kriminellen Clan-Strukturen und No-Go-Areas den Kampf an!

Um das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, ist Gewalt gegen Polizisten konsequent zu verfolgen; Angriffe auf Rettungskräfte oder Straßenblockaden durch sogenannte „Hochzeitskorsos“ dürfen nicht als Kavaliersdelikte betrachtet werden. Rettungskräfte sind keine Helfer zweiter Klasse. Entschädigungen für ehrenamtliche Helfer sind zu erhöhen, und gemeinnützige Organisationen sind zur Sparsamkeit anzuhalten, um ihre Einnahmen den Ehrenamtlichen und nicht den Hauptamtlichen zukommen zu lassen.

Die Bekämpfung des Verbrechens darf nicht zur Totalüberwachung oder gar Kriminalisierung des rechtschaffenen Bürgers führen! Flächendeckende Videoüberwachung, eine weitere Aufweichung des Datenschutzes oder die Verschärfung des Waffenrechts zu Lasten von Jägern oder Sportschützen lehnen wir entschieden ab.

Die AfD fordert:

- eine Stellenmehrung bei der Polizei.
- die Arbeitsbedingungen der Polizei zu verbessern.
- Polizisten besser zu bezahlen.
- für ausreichende Polizeipräsenz zu sorgen.
- die bayerische Justiz zu stärken und die Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte beenden.
- die Zahl der Richter und Staatsanwälte deutlich zu erhöhen.
- Kriminalität angemessen zu bestrafen und „Kuscheljustiz“ (insbesondere auch eine „kultursensible“ Sonderbehandlung von Straftätern mit Migrationshintergrund) zu unterbinden.
- unsere Grenzen zu schützen.
- illegale Einwanderer und straffällig gewordene Zuwanderer konsequent abzuschieben.
- die Nennung der Herkunft und Nationalität von Tatverdächtigen in polizeilichen Meldungen.
- Asyl nur wirklich politisch Verfolgten zu gewähren.
- Extremismus in jeder Form zu bekämpfen.
- extremistische Vereine von staatlichen Zuschüssen auszuschließen.
- das Gewaltmonopol des Staates durch entschiedenen Kampf gegen Clan-Strukturen und No-Go-Areas wiederherzustellen.
- rechtstreue Bürger vor Totalüberwachung und Kriminalisierung zu schützen.

- die Beendigung des politischen Missbrauchs des Verfassungsschutzes.
- eine „Nulltoleranzpolitik“ bei Angriffen auf Rettungsdienste, Feuerwehr und Widerstand gegen Polizisten.